

Rechtsprechungsübersicht zum elektronischen Datenzugriff der Finanzverwaltung

(Stand: Dezember 2006)

FG Hamburg, Urteil v. 13.11.2006 (Az. 2 K 198/05):

Das Zugriffsrecht des Finanzamts auf digitalisierte Daten des Steuerpflichtigen gemäß § 147 Abs. 6 AO besteht nur, soweit die Aufzeichnungspflichten des Steuerpflichtigen reichen. Geschäftliche Daten und Unterlagen sind also lediglich dann für eine steuerliche Überprüfung (insbesondere für den Datenzugriff der Finanzverwaltung) zur Verfügung zu stellen, wenn die Aufzeichnung dieser Daten und Unterlagen gesetzlich vorgeschrieben ist. Aufzeichnungspflichten ergeben sich nicht allein aus der AO, sondern auch aus anderen Steuergesetzen (z.B. aus § 22 UStG). Ein Steuerpflichtiger kann wählen, ob er aufzeichnungspflichtige Daten und Unterlagen digital oder in Papierform aufbewahrt. Wenn allerdings die Möglichkeit zur digitalen Aufzeichnung genutzt wird, hat die Finanzverwaltung das Recht, die Daten mit elektronischen Mitteln zu prüfen. Dies gilt auch dann, wenn die Daten zusätzlich in Papierform vorhanden sind.

FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 13.06.2006 (Az. 1 K 1743/05):

Durch den elektronischen Datenzugriff wird der sachliche Umfang der Außenprüfung nicht erweitert. Ein umfassender Zugriff auf alle gespeicherten Daten eines Unternehmens ist nach § 147 Abs. 6 AO nicht zulässig. Zwar beschränkt sich die Vorlagepflicht nicht nur auf gesetzlich vorgeschriebene Aufzeichnungen. Insoweit sind auch Kostenstellenrechnungen dem Datenzugriff zugänglich zu machen, die für die Beteiligungen des Unternehmens oder für die Bewertung von Wirtschaftsgütern oder Passiva durchgeführt werden. Dies rechtfertigt aber mit Hinsicht auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit keine Pflicht zur Vorlage sämtlicher im Unternehmen vorliegender Kostenstellenrechnungen, da diese einen primär betriebsinternen Charakter haben. Ist die Ermittlung der sofort abziehbare Betriebsausgaben oder der Herstellungskosten als legitimes Ziel der Finanzverwaltung bereits durch Zugriff auf Finanz- bzw. Anlagenbuchhaltung möglich, ist das Verlangen nach Zugriff auf weitere betriebsinterne Daten nicht ermessensfehlerfrei.

FG des Saarlandes, Urteil v. 30.06.2005 (Az. 1 K 141/01):

Verzichtet der Steuerpflichtige darauf, private und betriebliche Geschäftsvorfälle über getrennte Konten abzuwickeln, so handelt es sich auch bei dem vorwiegend für private Zwecke eingerichteten Konto um ein betriebliches Konto. Die Kontoauszüge und die die Kontenbewegungen betreffenden Belege wie Eingangs- und Ausgangsrechnungen unterliegen damit auch der Aufbewahrungspflicht nach § 147 Abs. 1 Nr. 4 und 5 AO. Das Finanzamt kann mithin im Rahmen einer Außenprüfung auch die Vorlage dieser Kontounterlagen verlangen.

Thüringer FG, Beschluss v. 20.04.2005 (Az. III – 46/05 V):

Es bestehen keine ernsthaften Zweifel daran, dass die Aufforderung zur Datenträgerüberlassung auch dann rechtmäßig und verhältnismäßig ist, wenn der Betriebsprüfer keine Bestätigung unterzeichnet, die CD sicher vor unbefugtem Zugriff aufzubewahren, sie nicht zu kopieren und nach Abschluss der Prüfung wieder zurückzugeben. Der Gesetzgeber hat mit der gesetzlichen Ausgestaltung des Steuergeheimnisses hinreichende Sicherheitsvorkehrungen gegen eine missbräuchliche Verwendung der erteilten Angaben auch im Hinblick auf die Datenträgerüberlassung getroffen. Allein der Umstand, dass die geforderten Daten mit dem Datenträger den Machtbereich des Steuerpflichtigen verlassen, rechtfertigt keine strengeren Anforderungen.

FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 20.01.2005 (Az. 4 K 2167/04):

Der Steuerpflichtige muss seine digitalen Datenbestände so organisieren, dass durch den elektronischen Datenzugriff nur steuerlich relevante Daten geprüft werden können. Führt ein Unternehmen seine Bücher elektronisch auf einem EDV-System, muss es mindestens eine Möglichkeit für den Datenzugriff der Finanzverwaltung zur Verfügung stellen. Die Finanzverwaltung muss in diesem Fall keine Papierprüfung durchführen.

FG Hamburg, Urteil v. 29.11.2004 (Az. III 493/01):

in DStRE 2005 (Heft 19), S. 1140, 1141: Der Beweiswert der aus Mikrofilmen rückvergrößerten Belege ist dem Beweiswert von Originalbelegen vergleichbar (mit Hinweis auf BMF-Schreiben vom 1.2.1984 „Mikrofilm-Grundsätze“ und auf H 29 EStH).

FG Münster, Beschluss v. 10.11.2003 (Az. 6 V 4562/03 E, U):

Werden Mängel bei der Aufzeichnung von Kasseneinnahmen festgestellt, kann die Finanzverwaltung die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung verneinen und die Einnahmen des Steuerpflichtigen schätzen. Von Mängeln oder sogar Manipulationen in der Aufzeichnung von Kasseneinnahmen kann ausgegangen werden, wenn mathematische Methoden wie der sog. Chi-Quadrat-Test eine signifikante Abweichung von zu erwartenden und tatsächlichen Aufzeichnungswerten ergibt.

BFH, Urteil v. 19.08.2002 (Az. VIII R 30/01):

Für Aufwendungen, die zur Befolgung der gesetzlichen Vorschriften für die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen anfallen, ist eine Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten zu bilden.

FG Münster, Urteil v. 22.08.2000 (Az. 6 K 2712/00):

Führt ein Unternehmen interne Unterlagen (im entschiedenen Fall Kostenstellenpläne), ohne dazu durch das Steuerrecht oder die GoB verpflichtet zu sein, muss es diese Unterlagen im Rahmen seiner Mitwirkungspflichten nach §§ 200 Abs. 1, 97 Abs. 1 AO auf Anforderung des Betriebsprüfers vorlegen, soweit dies zur Feststellung eines steuerlich erheblichen Sachverhalts notwendig, verhältnismäßig, erfüllbar und zumutbar ist.